

# Inhaltsübersicht

<b>Einleitung.....</b>	<b>1</b>
<b>1. Teil Vermächtnisspezifische Konflikte zwischen Erblasserwillen und satzungsmäßigen Einziehungs-, Abtretungs- und Vinkulierungsklauseln.....</b>	<b>5</b>
§ 1 Kein gesellschaftsrechtlicher Einfluss auf den Anfall der Erbschaft .....	5
§ 2 „Rückerwerb“ vom nichtnachfolgeberechtigten Erben und Vermächtnisnehmer mittels Zwangseinziehung oder Abtretungsverpflichtung.....	11
§ 3 Erfüllungsrisiko und Risiko von Zwischenverfügungen bei der vermachtnisweisen Zuwendung eines GmbH-Geschäftsanteils .....	17
§ 4 Gleichstellung von Vermächtnisnehmer und Universalerbe.....	25
<b>2. Teil Das Spannungsverhältnis zwischen vermachtnisspezifischem Erfüllungsrisiko und satzungsmäßiger Anteilsvinculierung ...</b>	<b>27</b>
§ 1 Gesetzesebene, Satzungsebene, Beschlussebene .....	27
§ 2 Besonderheiten beim verfassungsrechtlichen Schutz des Anteilseigentums .....	37
§ 3 Reichweite der GmbH-rechtlichen Garantie freier Vererblichkeit .....	47
§ 4 Vergleich mit dem Personengesellschaftsrecht .....	77
§ 5 Zwischenergebnis: Vorrang des Gesellschaftsrechts vor dem Erbrecht...	93
§ 6 Vorrang des Gesellschaftsvertrags .....	99
§ 7 Zwischenergebnis: Einzelfallgerechtigkeit auf Kosten der Rechtssicherheit.....	125
§ 8 Bindung an eine auf den Erbfall bezogene Vinkulierungsklausel bei Anteilsabtretung an einen nachfolgeberechtigten Vermächtnisnehmer .....	137
A. Vermächtnis als sinnvolle Gestaltungsalternative für den Erblasser zur Erbeneinsetzung.....	137
B. Rechtliche und ökonomische Konsequenzen einer Zustimmungsverweigerung bei der Anteilsabtretung an einen nachfolgeberechtigten Vermächtnisnehmer .....	143
C. Vermeidung unbilliger Ergebnisse .....	151
D. Teleologische Reduktion des § 15 Abs. 5 GmbHG bei Anteilsabtretung an einen nachfolgeberechtigten Vermächtnisnehmer .....	168

E. Zustimmungsverweigerungspflicht kraft gesellschafterlicher Treuebindung trotz Nachfolgeberechtigung des Vermächtnisnehmers.....	233
F. Sonderfälle .....	241
G. Ergebnis .....	250
<b>3. Teil Das Spannungsverhältnis zwischen vermächtnisspezifischem Risiko von Zwischenverfügungen und satzungsmäßigen Einziehungs- und Abtretungsklauseln.....</b>	<b>253</b>
§ 1 Doppelte Schutzmöglichkeit vor dem Eindringen eines nichtnachfolgeberechtigten Vermächtnisnehmers.....	257
§ 2 Verwendung der Einziehungs- und Abtretungsklausel zur Entledigung eines nachfolgeberechtigten Vermächtnisnehmers .....	267
<b>Zusammenfassung.....</b>	<b>275</b>

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung.....</b>	<b>1</b>
<b>1. Teil Vermächtnisspezifische Konflikte zwischen Erblasserwillen und satzungsmäßigen Einziehungs-, Abtretungs- und Vinkulierungsklauseln.....</b>	<b>5</b>
§ 1 Kein gesellschaftsrechtlicher Einfluss auf den Anfall der Erbschaft.....	5
A. Unzulässigkeit einer automatischen Einziehung oder Kaduzierung im Todesfall .....	7
B. Keine direkte oder analoge Anwendung des § 15 Abs. 5 GmbHG auf den Anfall der Erbschaft.....	7
C. Zwischenergebnis	8
§ 2 „Rückerwerb“ vom nichtnachfolgeberechtigten Erben und Vermächtnisnehmer mittels Zwangseinziehung oder Abtretungsverpflichtung .....	11
A. Wirkungsweise und Zulässigkeit von Einziehungsermächtigung und Abtretungsanspruch im Todesfall.....	11
B. Voraussetzungen von Einziehungsermächtigung und Abtretungsanspruch im Todesfall.....	13
C. Keine Besonderheiten bei der vermächtnisweisen Zuwendung.....	14
§ 3 Erfüllungsrisiko und Risiko von Zwischenverfügungen bei der vermächtnisweisen Zuwendung eines GmbH-Geschäftsanteils .....	17
A. Zweistufiger Erwerbsvorgang bei der vermächtnisweisen Zuwendung...17	
B. Konsequenzen der Zweistufigkeit für die Verwirklichung des Erblasserwillens .....	17
I. Bindung an eine Vinkulierungsklausel bei Abtretung aufgrund eines Vermächtnisses.....	18
1. Anwendungsmöglichkeiten und Wirkungsweise der Anteilsvinculierung .....	19
a) Zustimmungsabhängigkeit, Vorkaufsrechte und Ausschluss der Abtretbarkeit .....	19
b) Erfüllung der satzungsmäßigen Abtretungsvoraussetzungen als Wirksamkeitserfordernis der Anteilsabtretung .....	20

2. Realisierung des vermachtnisspezifischen Erfüllungsrisikos in der Anteilsinkulierung .....	21
II. Missbräuchliche Verwendung von Einziehungs- und Abtretungsklauseln .....	21
1. Verwendung der Einziehungs- und Abtretungsklausel zur Entledigung eines nachfolgeberechtigten Vermächtnisnehmers – Realisierung des vermachtnisspezifischen Risikos von Zwischenverfügungen .....	22
2. Doppelte Schutzmöglichkeit vor dem Eindringen eines nichtnachfolgeberechtigten Vermächtnisnehmers .....	22
§ 4 Gleichstellung von Vermächtnisnehmer und Universalerbe .....	25
<b>2. Teil Das Spannungsverhältnis zwischen vermachtnisspezifischem Erfüllungsrisiko und satzungsmäßiger Anteilsinkulierung ...</b>	<b>27</b>
§ 1 Gesetzesebene, Satzungsebene, Beschlussebene .....	27
A. Auslegung von § 15 Abs. 1 GmbHG .....	27
B. Auslegung von satzungsmäßigen Vinkulierungsklauseln .....	31
C. Auslegung von § 15 Abs. 5 GmbHG .....	33
D. Zustimmungsberechtigung der Gesellschaft, der Gesellschafterversammlung oder aller Gesellschafter .....	34
§ 2 Besonderheiten beim verfassungsrechtlichen Schutz des Anteilseigentums .....	37
A. Die Erbrechtsgarantie als zeitliche Verlängerung der Eigentumsgarantie .....	37
B. Recht des Vermächtnisnehmers auf den Vermächtnisgegenstand .....	37
C. Anteilseigentum als gesellschaftsrechtlich vermitteltes Eigentum .....	38
I. Auflösung der Konnexität zwischen Eigentum und Verfügungsbefugnis .....	38
II. Abhängigkeit der Befugnis zur Veräußerung und Belastung vom Einfluss des einzelnen Gesellschafters auf die Geschäftsführung .....	40
1. Rechtliche Verkehrsfähigkeit von Aktien und verfassungsrechtlich gebotene Zustimmungsabhängigkeit bei der Abtretung von Personengesellschaftsanteilen .....	40
2. Mittleres verfassungsrechtliches Schutzniveau der Veräußerungsbefugnis in der GmbH .....	42

III. Mittleres verfassungsrechtliches Schutzniveau der freien Vererblichkeit von GmbH-Geschäftsanteilen .....	44
D. Kein Recht des Vermächtnisnehmers auf den vermachten GmbH-Geschäftsanteil.....	45
§ 3 Reichweite der GmbH-rechtlichen Garantie freier Vererblichkeit .....	47
A. Das Spannungsverhältnis zwischen dem Erblasserwillen und dem Charakter des Vermächtnisses als sog. Damnationslegat .....	51
I. Der Erblasserwille als prägendes Moment der Testamentsauslegung...51	
II. Das Vermächtnis als sog. Damnationslegat .....	52
1. Gleichstellung von Vermächtnisnehmer und Universalerbe – Ein Verstoß gegen die gesetzgeberische Entscheidung zugunsten der rein schuldrechtlichen Wirkung von Vermächtnissen .....	54
2. Auswirkungen der rein schuldrechtlichen Berechtigung von Vermächtnisnehmern.....	55
III. Konsequenzen für die Auslegung von § 15 Abs. 1 Alt. 2 GmbHG ....	56
B. Rein klarstellende Funktion von § 15 Abs. 1 Alt. 2 GmbHG .....	58
I. Beschränkbarkeit der Veräußerlichkeit und zwingende Vererblichkeit gemäß § 15 Abs. 1 GmbHG .....	59
II. Zwingende Vererblichkeit gem. § 15 Abs. 1 GmbHG als Folge der körperschaftlichen Struktur ohne Aussage zur materiellen Bedeutung der freien Vererblichkeit von GmbH-Geschäftsanteilen.....	59
1. Annäherung der Gesellschafter-Gesellschaft-Beziehung im GmbH-Recht an diejenige im Personengesellschaftsrecht .....	61
a) Wille des historischen Gesetzgebers bei Verabschiedung des GmbH-Gesetzes am 20.04.1892 .....	61
aa) Die GmbH als neue Gesellschaftsform zwischen OHG und AG .....	62
(1) Diskrepanz zwischen äußerer Konstruktion und dem inneren Verhältnis der Mitglieder zur Gesellschaft – Die GmbH als janusköpfige Gesellschaftsform .....	63
(2) Mittelstellung der GmbH im Gefüge der Gesellschaftsformen .....	65

bb) Mittelstellung der GmbH im Hinblick auf die Bedeutung der freien Anteilsvererbung .....	66
cc) Veränderbare Gesellschafter-Gesellschafts-Beziehung bei der GmbH .....	67
b) Volkswirtschaftliche Betrachtung – Die personalistische GmbH als Realtypus in der Rechtspraxis .....	69
aa) Grundsatz der Fremdorganschaft im Gegensatz zur weit überwiegenden Selbstorganschaft in der Rechtspraxis .....	70
bb) Grundsatz der freien Veräußerlichkeit von GmbH-Geschäftsanteilen im Gegensatz zur ganz überwiegenden Anteilsvinkulierung in der Rechtspraxis .....	71
2. GmbH als materielle Personengesellschaft und Konsequenzen für die Bedeutung der freien Anteilsvererbung im GmbH-Innenverhältnis .....	72
III. Zwischenergebnis .....	74
§ 4 Vergleich mit dem Personengesellschaftsrecht .....	77
A. “Vererblich Stellen“ von Personengesellschaftsanteilen und Erwerb im Wege der Sondererbsfolge .....	77
B. Parallelen zwischen personengesellschaftsrechtlichen und GmbH-rechtlichen Nachfolgeklauseln .....	79
C. Das Spannungsverhältnis zwischen Vermächtnisanspruch und “gesetzlicher“ Anteilsvinkulierung bei der vermächtnisweisen Zuwendung von OHG/GbR-Anteilen .....	80
I. Einfache Nachfolgeklausel als vorweggenommene Zustimmung zur Anteilsabtretung in Erfüllung eines Vermächtnisanspruchs .....	80
II. Auflösung des Spannungsverhältnisses bei qualifizierter Nachfolgeklausel .....	82
1. Vorweggenommene Zustimmung zur Anteilsabtretung an nachfolgeberechtigte Vermächtnisnehmer resp. Eintrittsrecht nachfolgeberechtigter Vermächtnisnehmer .....	83
2. Zustimmungsabhängige Anteilsabtretung an nichtnachfolgeberechtigte Vermächtnisnehmer .....	84
3. Maßgeblichkeit der Nachfolgeberechtigung für die Rechtsposition des Vermächtnisnehmers im Personengesellschaftsrecht .....	85

D. Inkompatibilität des Realtypus der GmbH in der Rechtspraxis mit § 15 Abs. 1, Abs. 5 GmbHG.....	86
I. Freie Anteilsabtretung an nichtnachfolgeberechtigte Vermächtnisnehmer bei Subsumtion der vermächtnisweisen Zuwendung unter § 15 Abs. 1 Alt. 2 GmbHG .....	86
II. Zustimmungsabhängige Anteilsabtretung an nachfolgeberechtigte Vermächtnisnehmer bei Subsumtion der vermächtnisweisen Zuwendung unter § 15 Abs. 1 Alt. 1 GmbHG .....	89
§ 5 Zwischenergebnis: Vorrang des Gesellschaftsrechts vor dem Erbrecht...	93
A. Subsumtion der vermächtnisweisen Zuwendung von GmbH-Geschäftsanteilen unter § 15 Abs. 1 Alt. 2 GmbHG – Übereinstimmung mit der Stellung der GmbH im System der Gesellschaftsformen...	93
B. Rechtssicherheit durch Subsumtion der vermächtnisweisen Zuwendung von GmbH-Geschäftsanteilen unter § 15 Abs. 1 Alt. 1, Abs. 5 GmbHG .....	95
C. Größere Einflussnahmemöglichkeit der Mitgesellschafter auf den Erwerb des GmbH-Geschäftsanteils im Wege der Vermächtniserfüllung als auf den Erwerb im Wege der Universalsukzession.....	97
§ 6 Vorrang des Gesellschaftsvertrags .....	99
A. Reichweite einer Vinkulierungsklausel – Eine Frage der Satzungsauslegung.....	100
I. Idealfall einer eindeutig formulierten Vinkulierungsklausel .....	101
II. Auslegung einer allgemeinen Vinkulierungsklausel anhand von Wortlaut, Zweck und Gesamtzusammenhang der Regelungen .....	102
1. Ausnahmslose Zustimmungsabhängigkeit nach dem Wortlaut einer allgemeinen Vinkulierungsklausel .....	103
2. Kontrolle des Gesellschafterkreises als Hauptzweck der Anteilsinkulierung .....	104
3. Kombination von Anteilsinkulierung und Einziehungs- und Abtretungsklausel als einheitliches satzungsmäßiges Überfremdungsschutzsystem.....	105
a) Auswirkung der Einziehungs- und Abtretungsklausel auf die Auslegung einer allgemeinen Vinkulierungsklausel .....	105
aa) Verzicht auf Abtretungser schwerungen bei freier Vererblichkeit .....	106

bb) Zweckmäßigkeit einer Zustimmungsabhängigkeit bei umfassender Einziehungs- und Abtretungsklausel .....	108
cc) Verzicht auf Abtretungserschwerungen bei Anteilsabtretung an nachfolgeberechtigte Vermächtnisnehmer .....	109
b) Widerspruch zwischen allgemeiner Vinkulierungsklausel und satzungsmäßiger Nachfolgeregelung – Eine unbefriedigende Lage für den Erblasser .....	110
B. Abstimmung von allgemeiner Vinkulierungsklausel und satzungsmäßiger Nachfolgeregelung.....	110
I. Rechtsfolgenlösung .....	110
II. Einschränkende Auslegung der allgemeinen Vinkulierungsklausel im Wege teleologischer Reduktion .....	113
1. Maßgeblichkeit der satzungsmäßigen Nachfolgeberechtigung ....	115
2. Vorteile einer einschränkenden Auslegung von allgemeinen Vinkulierungsklauseln im Erbfall .....	116
a) Die satzungsmäßige Nachfolgeberechtigung des Vermächtnisnehmers als Vertrauenstatbestand .....	117
b) Gleichheit des Ergebnisses bei der vermächtnisweisen Zuwendung von GmbH-Geschäftsanteilen mit dem Ergebnis bei der vermächtnisweisen Zuwendung von Anteilen an einer OHG/GbR.....	119
c) Einzelfallgerechte Ergebnisse .....	123
§ 7 Zwischenergebnis: Einzelfallgerechtigkeit auf Kosten der Rechtssicherheit.....	125
A. Ausdrückliche Ausdehnung der Abtretungserschwerungen auf Anteilsabtretungen an nachfolgeberechtigte Vermächtnisnehmer – Scheitern der einschränkenden Auslegung von Vinkulierungsklauseln im Erbfall.....	125
I. Unmöglichkeit einer einschränkenden Auslegung von ausdrücklich auf die Vermächtniserfüllung bezogenen Vinkulierungsklauseln ....	128
II. Kein Rangverhältnis zwischen Vinkulierungsklausel und Einziehungs- und Abtretungsklausel .....	129
B. Notwendigkeit einer einschränkenden Auslegung von § 15 Abs. 5 GmbHG im Wege teleologischer Reduktion .....	130

I.	Fehleranfälligkeit der Auslegungslösung auf Satzungsebene .....	130
II.	Berücksichtigung der satzungsmäßigen Nachfolgeberechtigung bei Anwendung und Auslegung von § 15 Abs. 5 GmbHG .....	131
§ 8	Bindung an eine auf den Erbfall bezogene Vinkulierungsklausel bei Anteilsabtretung an einen nachfolgeberechtigten Vermächtnisnehmer .....	137
A.	Vermächtnis als sinnvolle Gestaltungsalternative für den Erblasser zur Erbeneinsetzung .....	137
I.	Verhinderung des Entstehens einer Erbengemeinschaft .....	137
II.	Wertmäßige Begünstigung des Unternehmenserben durch Vorausvermächtnis .....	139
III.	Möglichkeit einer Drittbestimmung im Wege eines Zweckvermächtnisses .....	139
IV.	Erbschaftsteuerrechtliche Überlegungen .....	141
V.	Psychologische Gründe für die vermächtnisweise Zuwendung des Geschäftsanteils .....	142
B.	Rechtliche und ökonomische Konsequenzen einer Zustimmungsverweigerung bei der Anteilsabtretung an einen nachfolgeberechtigten Vermächtnisnehmer .....	143
I.	Keine Nachfolge des Vermächtnisnehmers in die personen- rechtliche Seite der Mitgliedschaft .....	144
II.	Möglicher Verlust der ökonomischen Vorteile der vermächtnisweisen Zuwendung .....	145
1.	Keine Sekundäransprüche gegen den Erben mangels Vertretenmüssen .....	145
2.	Umdeutung der letztwilligen Verfügung in Vermächtnis der vermögensrechtlichen Bezüge .....	146
a)	Anspruch des Vermächtnisnehmers auf Abtretung des Abfindungsanspruchs oder der Gewinnauszahlungsansprüche ...	147
b)	Ökonomisches Risiko aufgrund eines satzungsmäßigen Abfindungsausschlusses .....	148
2.	Besondere erbschaftsteuerliche Härten für den nachfolge- berechtigten Vermächtnisnehmer aufgrund satzungsmäßiger Abtretungerschwerung .....	150

III. Zwischenergebnis .....	151
C. Vermeidung unbilliger Ergebnisse .....	151
I. „Rechtsfolgenlösung“ zur Vermeidung unbilliger Ergebnisse .....	151
1. Rechte der Gesellschaft aufgrund Vinkulierungsklausel nur bei Einhaltung der gesellschafterlichen Treuepflicht.....	152
2. Unzulässiges widersprüchliches Verhalten als Verstoß gegen die gesellschafterliche Treuepflicht .....	153
a) Kein berechtigtes Vertrauen des Erblassers in die zukünftige Mitgliedschaft des Vermächtnisnehmers.....	155
b) Unauflösbarer Widerspruch zwischen satzungsmäßiger Nachfolgeberechtigung und einer Zustimmungsverweigerung – Auf den Erbfall bezogene Vinkulierungsklausel als rein formales Recht .....	156
c) Zustimmungsanspruch des Erben .....	158
II. Veränderung von § 15 Abs. 5 GmbHG .....	159
1. Vorteile einer Veränderung von § 15 Abs. 5 GmbHG.....	161
2. Abänderung von § 15 Abs. 5 GmbHG – Wortlautänderung oder Rechtsfortbildung .....	162
a) Möglicher neuer Wortlaut von § 15 Abs. 5 GmbHG.....	162
b) Rechtsfortbildung im Wege teleologischer Reduktion des § 15 Abs. 5 GmbHG.....	163
aa) Vorteil der Rechtsfortbildung gegenüber einer Wortlautänderung .....	163
bb) Geeignetheit einer Teleologischen Reduktion von § 15 Abs. 5 GmbHG zur Regelung der Fallgruppe „Zustimmungsvorbehalt bei Anteilsabtretung an nachfolgeberechtigte Vermächtnisnehmer“.....	165
(1) § 15 Abs. 5 GmbHG als Ausdruck der verfassungsrechtlichen Sonderstellung des Anteilseigentums .....	165
(2) Verhinderung unbilliger Ergebnisse als oberstes Ziel der teleologischen Reduktion .....	167
D. Teleologische Reduktion des § 15 Abs. 5 GmbHG bei Anteilsabtretung an einen nachfolgeberechtigten Vermächtnisnehmer .....	168

I. Möglichkeit der Kontrolle des Gesellschafterkreises als Hauptzweck des § 15 Abs. 5 GmbHG.....	172
1. Regelungswille des historischen Gesetzgebers .....	173
a) § 15 Abs. 5 GmbHG als weitest denkbare Ermächtigungsnorm zur Abtretungser schwerung .....	174
aa) Das Zusammenspiel zwischen § 15 Abs. 1 Alt. 1 und § 15 Abs. 5 GmbHG als Ausdruck der Flexibilität des GmbH-Innenrechts .....	174
bb) Möglichkeit einer grundlosen Anteils vinkulierung .....	175
b) Grenzen der Veräußerungsbeschränkung nach dem Willen des Gesetzgebers .....	177
aa) Gesetzliche Anteils vinkulierung im Personengesellschaftsrecht zum Schutz vor Eingriffen in die Rechtssphäre der Mitgesellschafter .....	177
bb) Konflikt zwischen der Satzungsfreiheit und dem Zweck des § 15 Abs. 5 GmbHG .....	178
2. Der Wille des Gesetzes aus heutiger Sicht.....	180
a) Konkretisierung der Zweckrichtung „Gesellschafterkontrolle“: Überfremdungsschutz und Realisierung eines unveränderbaren Gesellschafterkreises .....	180
b) Die Möglichkeit dritt begünstigender Vinkulierungsklauseln als geschäftspolitisches Instrument .....	182
3. Gewichtung von Haupt- und Nebenzwecken .....	183
II. Fälle teleologisch begründeter Ausnahmen von § 15 Abs. 5 GmbHG.....	186
1. Erwerb eigener Anteile .....	186
2. Einmann-GmbH .....	187
3. Vereinigung der Geschäftsanteile einer Zweimann-GmbH auf eine Person .....	187
4. Zusammenfassung .....	188
III. Zustimmungsvorbehalt bei Abtretung an einen nachfolgeberechtigten Vermächtnisnehmer – Eine planwidrige verdeckte Regelungslücke in § 15 Abs. 5 GmbHG (Lückenfeststellung) .....	189

1. Verdeckte Regelungslücke .....	190
a) Widerspruch zwischen Wortlaut und Telos von § 15 Abs. 5 GmbHG .....	191
aa) Entbehrlichkeit eines Schutzes vor dem Eindringen einer ausdrücklich erwünschten Person .....	192
(1) Sog. argumentum ad absurdum .....	192
(2) Vergleich der teleologischen Reduktion § 15 Abs. 5 GmbHG mit der teleologischen Reduktion des § 181 Hs. 1 BGB bei lediglich rechtlichem Vorteil für den Vertragspartner .....	196
bb) Mittelbarere Schutzbedürftigkeit der Mitgesellschafter .....	197
cc) Bindung an den objektiven Regelungsgehalt der Nachfolgeregelung bei Erstellung einer Vinkulierungsklausel.....	198
(1) Fehlen eines erkennbaren Bedürfnisses für einen Zustimmungsvorbehalt bei der Anteilsabtretung an nachfolgeberechtigte Vermächtnisnehmer .....	199
(a) Beurteilung des erkennbaren Bedürfnisses mithilfe der Maßstäbe bei der Erforderlichkeitsprüfung nach § 1 Abs. 3 S. 1 BauGB .....	199
(b) Ineffektiver Überfremdungsschutz durch Zustimmungsvorbehalte bei der Anteilsabtretung an Nachfolgeberechtigte .....	204
(c) Entbehrlichkeit eines mittelbaren Schutzes vor Überfremdung .....	207
(d) Fehlen eines erkennbaren Bedürfnisses bei Zustimmungsberechtigung der Mitgesellschafter .....	214
(2) Überwiegen des Dispositionssinteresses des Erblassers bei Nachfolgeberechtigung des Vermächtnisnehmers .....	218
(3) Zusammenfassung .....	219
b) Gleichbehandlung von wesentlich Ungleichem – Verstoß gegen den negativen Gleichheitssatz .....	221

c) Zwischenergebnis.....	223
2. Planwidrigkeit der Regelungslücke.....	224
a) Satzungsautonomie und Vorrang der Satzung vor dispositivem Gesetzesrecht .....	224
b) § 15 Abs. 5 GmbHG als Grenze der Satzungsautonomie .....	225
3. Zwischenergebnis.....	229
IV. Lückenfüllung durch Bildung eines Ausnahmetatbestands .....	229
1. Vorrang der Analogie .....	229
2. Konsequenzen des Ausnahmetatbestands „Zustimmungsvorbehalt bei Anteilsabtretung an einen nachfolgeberechtigten Vermächtnisnehmer“ in der Rechtspraxis.....	230
a) Unwirksamkeit eines Zustimmungsvorbehalts bei der Anteilsabtretung an nachfolgeberechtigte Vermächtnisnehmer ...	231
b) Wirksamkeit der Vinkulierungsklausel im Übrigen .....	231
c) Formulierungsvorschlag für eine gesetzeskonforme Vinkulierungsklausel .....	232
E. Zustimmungsverweigerungspflicht kraft gesellschafterlicher Treuebindung trotz Nachfolgeberechtigung des Vermächtnisnehmers.....	233
I. Zustimmungsverweigerungspflicht bei “Mangel“ in der Person des Erwerbers.....	234
1. Schwerwiegende Veränderung der persönlichen Eigenschaften des Erwerbers nach Beschluss der Nachfolgeregelung.....	236
2. Unkenntnis der wahren persönlichen Eigenschaften des Erwerbers im Zeitpunkt des Beschlusses der Nachfolgeregelung .....	236
3. Personenbezogene Einziehungsgründe .....	237
4. Reduzierung des Zustimmungsermessens auf Null .....	237
II. Widerspruch zwischen dem objektiven Bedeutungsgehalt der Vinkulierungsklausel und den subjektiven Vorstellungen der Gesellschafter bei Beschluss der Nachfolgeberechtigung .....	238
1. Unbeachtlichkeit subjektiver Umstände bei der Auslegung körperschaftlicher Bestimmungen.....	239
2. Treuepflichtwidrige Berufung auf die objektive Bedeutung der Satzung und Treuepflichteinwand.....	239

III. Zusammenfassung .....	241
F. Sonderfälle .....	241
I. Drittbegünstigende Vinkulierungsklauseln .....	241
1. Zustimmungsberechtigung Dritter als geschäftspolitisches Mittel...	241
2. Notwendige Einsatzmöglichkeit geschäftspolitischer Mittel zu Lasten nachfolgeberechtigter Personen.....	242
3. Ausstrahlung von Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG auf Auslegung und Anwendung des § 15 Abs. 5 GmbHG.....	243
II. Vorkaufsrecht zugunsten eines Gesellschafters .....	244
III. Vollständiger Ausschluss der Abtretbarkeit.....	247
1. Erforderlichkeit eines Abtretungsausschlusses auch in Fällen der Nachfolgeberechtigung .....	247
2. Geschäftsanteil kein tauglicher Vermächtnisgegenstand bei satzungsmäßigem Abtretungsausschluss.....	249
G. Ergebnis .....	250
<b>3. Teil Das Spannungsverhältnis zwischen verträglichkeitsspezifischem Risiko von Zwischenverfügungen und satzungsmäßigen Einziehungs- und Abtretungsklauseln.....</b>	<b>253</b>
§ 1 Doppelte Schutzmöglichkeit vor dem Eindringen eines nichtnachfolgeberechtigten Vermächtnisnehmers.....	257
A. Einschränkende Auslegung der Einziehungs- und Abtretungsklausel im Wege teleologischer Reduktion?.....	257
I. Bindende Wirkung der Zustimmung für die Einziehung- und Abtretungsmöglichkeit der Gesellschaft .....	257
1. Das Verhältnis zwischen Zustimmungserklärung und satzungsmäßiger Nachfolgeregelung .....	258
2. Auslegung der Zustimmungserklärung anhand des sog. objektiven Empfängerhorizonts .....	260
a) Zustimmungserklärung der Gesellschaft .....	260
b) Zustimmungserklärung der Gesellschafterversammlung .....	261
c) Zustimmungserklärung „aller Gesellschafter“ .....	261
II. Entbehrlichkeit einer teleologischen Reduktion der Einziehungs- und Abtretungsklausel aufgrund satzungsdurchbrechenden Zustimmungsbeschlusses.....	262

B. Treuepflichtwidriger Gebrauch der aus Einziehungs- und Abtretungsklauseln resultierenden Befugnisse.....	262
I. Gesellschafterliche Treuepflicht gegenüber dem Vermächtnisnehmer.....	263
II. Die Zustimmungserklärung als Vertrauenstatbestand.....	264
III. Unwirksamkeit von Einziehung und Abtretung des Geschäftsanteils .....	264
§ 2 Verwendung der Einziehungs- und Abtretungsklausel zur Entledigung eines nachfolgeberechtigten Vermächtnisnehmers.....	267
A. Teleologische Reduktion der Einziehungs- und Abtretungsklausel bei Abtretungsmöglichkeit an einen nachfolgeberechtigten Vermächtnisnehmer.....	268
I. Keine Verfügungsbeschränkungen für den Erben zum Schutz des Vermächtnisnehmers in §§ 2147 ff. BGB .....	268
II. Überfremdungsschutz durch Abtretung an nachfolgeberechtigten Vermächtnisnehmer.....	270
1. Gesamtbetrachtung von Erbschaftsanfall und rechtsgeschäftlichen Ausführungsakten.....	270
2. Einziehungs- und Abtretungsmöglichkeit der Gesellschaft bei einer sowohl aus nachfolgeberechtigten als auch nichtnachfolgeberechtigten Miterben bestehenden Erbengemeinschaft .....	271
B. Ergebnis .....	273
<b>Zusammenfassung.....</b>	<b>275</b>